

Umgang mit dem Sozialraum „Bremer Platz“

Die Vorlage V/0072/2017 zum Bauvorhaben Hauptbahnhof Ostseite ist vom Rat am 22.03.2017 einstimmig beschlossen worden. Mit dem Beschluss ist der Auftrag an die Verwaltung verbunden, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung eine Lösung zum verträglichen Nebeneinander der „Szene“ und anderer Nutzerinnen und Nutzer des Bremer Platzes für die Bauzeit und dauerhaft zu finden. In die Planung sollen auch die Betroffenen in geeigneter Form eingebunden werden.

Seitens der Verwaltung wurden in internen Absprachen bisher folgende Zielsetzungen formuliert:

- es wird keine Verdrängung der „Szene“ erfolgen, stattdessen sollen unter Einbezug sozialer Angebote Transparenz und Kooperation vor, während und nach der Bauphase ermöglicht werden,
- planerisch, räumlich und baulich ist eine künftige Integration der „Szene“ neben geplanten Bereichen für öffentliche Nutzungen denkbar und wird angestrebt und
- eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der verschiedenen Ämter soll das weitere Planungsverfahren begleiten.

In einer gemeinsamen Sitzung der Ordnungspartnerschaften „Hauptbahnhof“ und „Illegale Drogen/Rauschgift“ wurde am 03.04.2017 über die Auswirkungen der Baumaßnahmen auf den Bremer Platz und die sozialen Randgruppen im öffentlichen Raum gesprochen. Dabei wurde insbesondere der Ansatz begrüßt, künftig ein verträgliches Miteinander der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer des Platzes anzustreben und die Betroffenen und alle Akteure in geeigneter Weise in die Konzepterstellung einzubinden. Die Verwaltung wird in diesem Sinne zu den notwendigen Gesprächen einladen.